

III-28 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

28. Feb. 1972

BERICHT
DER ÖSTERREICHISCHEN DELEGATION ZUR BERATENDEN VERSAMMLUNG DES
EUROPARATES ÜBER DIE XXIII. SITZUNGSPERIODE

Die XXIII. Sitzungsperiode umfaßt den Zeitraum vom 10. Mai 1971
bis zum 15. Mai 1972

Sie zerfiel in drei Teile (Plenarsitzungen):

1. Teil vom 10. bis 14. Mai 1971
2. Teil vom 4. bis 8. Oktober 1971
3. Teil vom 19. bis 26. Jänner 1972

In den sechzehn Kommissionen der Beratenden Versammlung des Europarates hatten Österreicher folgende Funktionen:

Karl Czernetz als Präsident der Kommission für parlamentarische Beziehungen und Öffentlichkeitsarbeit;

Otto Kranzlmayr als Vizepräsident der Gemeindegemeinschaft.

In den Fraktionen bekleidete Karl Czernetz die Funktion des Vorsitzenden der Sozialistischen Gruppe; Otto Kranzlmayr die eines Vizepräsidenten der Christlich-Demokratischen Gruppe.

In der XXIII. Sitzungsperiode waren folgende Abgeordnete zum Nationalrat und Mitglieder des Bundesrates Mitglieder der Beratenden Versammlung des Europarates:

Ordentliche Mitglieder:

Czernetz Karl
Goess Leopold
Kranzlmayr Otto
Leitner Alois
Pittermann Bruno
Zankl Hubert

Ersatzmitglieder

Heger Hans
Karasek Franz
Radinger Stephan
Reichl Josef
Schieder Peter
Scrinzi Otto

Vorsitzender der Delegation: Otto Kranzlmayr

Stellvertreter: Karl Czernetz

- 2 -

1. Teil der XXIII. Sitzungsperiode

Die 23. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarates wurde unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Carlo Schmid eröffnet, der in seiner Eröffnungsansprache auf die Notwendigkeit einging, für das Europa der Gemeinschaften eine allgemeine und direkt gewählte politische Behörde zu schaffen. Olivier Reverdin wurde erneut zum Präsidenten der Beratenden Versammlung gewählt.

Allgemeine Politik

Die Debatte über die allgemeine Politik wurde mit einem Bericht über die Lage im Mittelmeerraum und im Nahen Osten eingeleitet, wozu Esmat Abdel Meguid, Staatsminister beim Premierminister der VAR, eine Ansprache hielt. Die Debatte erstreckte sich auf das sowjetische Vordringen im Mittelmeer, den israelisch-arabischen Konflikt, das Erdölproblem und die Freigabe des Suezkanals für die Schifffahrt.

Wirtschaftsdebatte

Der ersten Wirtschaftsdebatte in einer europäischen Versammlung nach der Währungskrise vom 8. Mai 1971 kam eine besondere Bedeutung zu. Der Unterstaatssekretär im US-Außenministerium, Martin J. Hillenbrand, legte die Haltung seiner Regierung gegenüber Europa dar. Der Eurodollarmarkt - auf den die Krise zurückzuführen ist -, die Frage der Übersee-Investitionen, die Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa und die politischen Aspekte dieser Beziehungen waren Themen der Berichte.

Meinungsaustausch mit der Neuseeländischen Delegatin

Die Mitglieder der Beratenden Versammlung und ihre neuseeländischen Gäste widmeten sich den Problemen, vor die sich Neuseeland gestellt sehen wird, falls es nach einem Beitritt Großbritanniens zur EWG ohne spezielle Abmachungen seine traditionellen Absatzmärkte für seine Agrarerzeugnisse verlieren sollte.

Unter dem Thema

Soziale Fragen

wurde die Kontrolle der Anwendung der Europäischen Sozialcharta behandelt.

18. Gemeinsame Tagung der Beratenden Versammlung und des Europäischen Parlaments: 8. Juni 1971

Das Thema der Debatte war "Die Funktion einer erweiterten Gemeinschaft im europäischen Rahmen."

2. Teil der XXIII. Sitzungsperiode

Während des zweiten Teiles der 23. Sitzungsperiode wählte die Beratende Versammlung John Priestman mit absoluter Mehrheit zum Nachfolger von Gerhard Schlösser, dem Greffier der Versammlung. Der Eröffnung der Sitzung ging eine Feierlichkeit zur Verleihung des Europapreises an die Stadt Udine voraus, in Anwesenheit des Bürgermeisters von Udine und etwa hundert Bürgern seiner Stadt.

Mitteilung des Ministerkomitees

Der schwedische Außenminister und amtierende Vorsitzende des Ministerkomitees, Krister Wickman, unterbreitete traditionsgemäß den Tätigkeitsbericht des Ministerkomitees.

Politische Angelegenheiten

Folgende Themen wurden behandelt:

Die Zukunft des Europarates (mit einer Ansprache des Generalsekretärs
Lujo Toncic-Sorinj)

Die Lage in Nahen Osten, wozu Minister Abba Eban konkrete Wege
zum Frieden vorschlug,

Das Berlin-Abkommen,

Die Lage in der Tschechoslowakei und

die Reise des Präsidenten der Beratenden Versammlung in die Türkei.

Wirtschaftsfragen

Hauptthemen der Debatte waren die Währungskrise, die das Bedürfnis nach einem neuen Währungssystem spürbar werden ließ, und die Schaffung eines europäischen Währungsfonds. Im Verlauf der Debatte legte van Lennep die Standpunkte der OECD dar und Sir Geoffrey Rippon unterbreitete den 11. Jahresbericht der EFTA und nahm Stellung zu den künftigen Aufgaben des Europarates.

Weiters wurde der 17. Jahresbericht der Europäischen Verkehrsministerkonferenz (CEMT) vorgelegt.

Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen

Die beiden neuen Anliegen, mit denen sich der Ausschuß für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen beschäftigte, waren ein dringender Appell an die Regierungen, die Hilfe für die Flüchtlinge Ostpakistans zu erhöhen, und die ausführliche Behandlung der Geburtenkontrolle und Familienplanung. Der Sonderbeauftragte des Europarates für nationale Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, Pierre Schneiter, forderte in seinem 15. Tätigkeitsbericht die Annahme eines vernünftigen Gastarbeiterstatuts durch die Regierungen. Außerdem wurde der 17. Tätigkeitsbericht des zwischenstaatlichen Komitees für europäische Auswanderung (CIME) der Beratenden Versammlung zur Stellungnahme vorgelegt.

Sozialwesen

Die vom Sozialausschuß behandelten Themen waren die Erstellung von Berichten über die soziale Lage in den Mitgliedsländern, die europäische Solidarität in Katastrophenfällen und Maßnahmen zur Fahndung nach vermißten Personen.

Während dieses Sitzungsabschnittes wurde im Europarat der 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Europäischen Sozialcharta feierlich begangen.

Kultur- und Bildungswesen

Diskussionspunkte der Kulturdebatte waren Tendenzen und Aussichten einer Schulreform mit dem Ziel der lebensbegleitenden Bildung, Europäische Zusammenarbeit im Bereich der Kultur und des Bildungswesens, Gründung einer europäischen "Tele-Universität" und die Zusammenarbeit zwischen den Kulturinstituten außerhalb Europas. Die Versammlung nahm ebenfalls von dem Bericht über die 7. Europäische Erziehungsministerkonferenz, dem Jahresbericht des Rats für kulturelle Zusammenarbeit (CCC) für 1970 und dem Memorandum der UNESCO für 1971 Kenntnis.

3. Teil der XXIII. Sitzungsperiode

Olivier Reverdin beendete mit dieser Session seine Amtszeit als hochgeachteter Präsident der Beratenden Versammlung.

Politische Fragen

Die Debatte war den Ost-West-Beziehungen und der Vorbereitung der Europäischen Sicherheitskonferenz gewidmet. Nach zweitägigen Beratungen wurde die Abhaltung einer europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit mit Mehrheit befürwortet.

Der Schweizer Außenminister Pierre Graber, der den Bericht des Ministerkomitees vorlegte, betonte, daß mit den verbesserten Aussichten auf eine Sicherheitskonferenz der Europarat sich als Zentrum der technischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Teilen Europas bewähren werde.

Der österreichische Außenminister Dr. Rudolf Kirchschräger rechtfertigte in seiner Rede vor der Beratenden Versammlung die Neutralität und unterstrich, daß es für die Einigung Europas nicht nur wirtschaftlicher Faszination, sondern auch geistiger Grundlagen mit dauernder Ausstrahlungskraft bedarf und daß hier die Zukunft des Europarates liege.

In einem Festakt wurde dem britischen Premierminister Edward Heath unter den Klängen der neuen Europahymne (Beethovens "Ode an die Freude") der "Europa-Preis für Staatskunst" überreicht.

Juridische Fragen und Menschenrechte

Über den Rahmen des Berichts zur Kontrolle des Verkaufs und Besitzes von Feuerwaffen hinaus entwickelte sich, angeregt durch die Rede des irischen Justizministers Desmond O'Malley, eine heftige Debatte über Nordirland.

Auf dem Programm standen weiters der Bericht über die Parlamentarische Konferenz über Menschenrechte vom Oktober 1971 in Wien, das Symposium betreffend die Koordinierung der Forschung über die Rechtssysteme der Länder Mittel- und Osteuropas und die Rolle des Europarates auf dem Gebiet des Strafrechts.

Umweltschutz

Bundesrat Josef Reichl (Österreich) erstattete im Namen der Gemeindekommission einen ausführlichen Bericht über öffentliche Transport-

mittel und Auspuffgase im Zusammenhang mit Umweltschutzproblemen. Weitere Themen bildeten die Umweltschutzpolitik in Europa, die Umweltverschmutzung und ihre Auswirkung auf die menschliche Gesundheit, die Europäische Wohnungspolitik und das Problem der Überschallflüge.

Landwirtschaft

Der Landwirtschaftsminister der BRD Josef Ertl befaßte sich in seiner Rede mit der Agrarpolitik der EWG, die nur auf Grund einer Wirtschafts- und Währungsunion zu verwirklichen sei.

Weitere Beiträge befaßten sich mit der Fischereipolitik in einer erweiterten EWG und dem Zweiten Welternährungskongress.

Wirtschaftsfragen

Hauptthemen der Debatte über europäische Wirtschaftsprobleme bildeten die Währungsstabilität und das Wirtschaftswachstum.

Flüchtlingsfragen

In den Diskussionen wurden die Lage der Palästina-Flüchtlinge und die Lage der Griechen im Exil nach dem Staatsstreich 1967 behandelt.

Von den österreichischen Mitgliedern der Delegation ergriffen im Laufe der 23. Sitzungsperiode folgende Abgeordnete das Wort:

Karl Czernetz,

Otto Kranzlmayr,

Stephan Radinger,

Leopold Goess,

Alois Leitner,

Josef Reichl.

Hans Heger,

Bruno Pittermann,

